

## GRUNDRECHTE

1. Was unterscheidet Grundrechte von einfachgesetzlich gewährleisteten Rechten?

2. Enthält das B-VG einen einheitlichen Grundrechtskatalog?

3. Welche Arten von Grundrechten gibt es? Ist der Staat in Bezug auf Freiheitsrechte nur zu einem Unterlassen oder auch zu einem Tun verpflichtet?

4. Kann sich

- ein französischer Staatsbürger in Österreich auf ein Staatsbürgerrecht berufen?
- eine GmbH auf das Grundrecht auf Leben berufen?
- Bund/Land/Gemeinde auf die Grundrechte berufen?

**5. Anton A zeigte dem Bezirkshauptmann von Ried im Innkreis die beabsichtigte Abhaltung einer Demonstration zum Thema „Multikulti beenden. Fua unsa Hoamatland!“ für den 27. Juli an. Diese Demonstration wurde vom Bezirkshauptmann von Ried im Innkreis untersagt. Begründend wurde ausgeführt, dass anzunehmen sei, dass ein rechtstendenziöser Teilnehmerkreis mit dem Ziel angesprochen werde, nationalsozialistische Gedankengänge zu stärken und daher die Demonstration auch im Hinblick auf das Verbotsgesetz 1947 zu untersagen sei.**

- a.) In welches Grundrecht greift diese Untersagung ein? Nennen Sie auch die entsprechende Verfassungsstelle!
- b.) Steht dieses Grundrecht (bezogen auf die Verfassungsbestimmung im StGG) unter Gesetzesvorbehalt?
- c.) Welche weiteren Arten von Gesetzesvorbehalten gibt es? Nennen Sie jeweils ein Beispiel!

**6. Bertram B betreibt seit nunmehr 10 Jahren eine Schischule in Lech am Arlberg. Er hat im Zuge seiner betrieblichen Tätigkeit festgestellt, dass die Nachfrage nach Snowboardunterricht schon bei weitem die Nachfrage nach klassischem Alpin-Schiunterricht übersteigt und hat sich daher vor drei Jahren ausschließlich auf Snowboardkurse spezialisiert. Der zuständige Gesetzgeber beschließt nun, dass zur Förderung des Tourismus alle Schischulen zwischen Weihnachten und Ostern ein Mindestangebot anbieten müssen, das auch Gruppenunterricht im alpinen Schilauflauf für Erwachsene und Kinder in verschiedenen Leistungsklassen umfasst.**

- a.) Welches Gesetzgebungsorgan ist zuständig, die besagte Regelung über das Mindestangebot von Schischulen zu erlassen? Wird diese Regelung nach der bundesverfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung im Bereich der Bundes- oder der Landesverwaltung vollzogen, wer ist oberstes Verwaltungsorgan?

b.) Erläutern Sie ausführlich, in welches Grundrecht (Nennung der gesetzlichen Grundlage) eine derartige Regelung eingreift! Ist es verfassungsrechtlich zulässig, dass der einfache Gesetzgeber in dieses Grundrecht eingreift? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen kann der einfache Gesetzgeber Beschränkungen dieses Grundrechts vorsehen?

c.) Welches Organ ist nach der Bundesverfassung berufen, verfassungswidrige Gesetze aufzuheben?

d.) Auf welchem Rechtsweg kann B das seiner Meinung nach verfassungswidrige Gesetz bekämpfen, wenn das oben genannte Gesetz keine Ausnahmebestimmung für das Mindestangebot vorsieht und ein Zuwiderhandeln mit Verwaltungsstrafe bedroht ist? Begründen Sie ausführlich!

**7. Geben Sie an, welche Grundrechte in den nachfolgenden Sachverhalten verletzt sein könnten und führen Sie die entsprechenden Verfassungsstellen an?**

a.) Der Bürgermeister der Gemeinde X weist den Antrag auf Baubewilligung des A ohne jegliche Begründung ab.

b.) Dem A wird durch ein Straferkenntnis eine überhöhte Geldstrafe auferlegt.

c.) Dem A wird von der Bezirkshauptmannschaft die Ausübung des Bestattergewerbes versagt.

d.) Im Zuge einer Verkehrskontrolle wird der Autolenker A vom Polizisten festgehalten und aufgefordert, sich für eine Leibesvisitation zu entkleiden.

e.) Der Schuldirektor beschlagnahmt die Schülerzeitung, weil sie seiner Meinung nach „auführerische“ Artikel enthält.